

Frankfurt, den 10. Juni 2008



Resolution des Beirats der IG Metall zum Erhalt des VW-Gesetzes

Mitbestimmung ausweiten – VW-Gesetz sichern

Die IG Metall fordert die EU-Kommission auf, ihr Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des vom Bundeskabinett in das parlamentarische Verfahren eingebrachten Entwurfs zur Novellierung des VW-Gesetzes zurückzuziehen.

Der Entwurf zum VW-Gesetz steht in Einklang mit europäischem Recht und setzt in Zeiten eines global agierenden Kapitalismus ein notwendiges Zeichen. Ein soziales Europa braucht nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung. Die IG Metall wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Mitbestimmung bei Volkswagen in ihrer Substanz auf Grundlage des EuGH-Urteils erhalten bleibt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sichert dies.

Die EU-Kommission setzt mit ihrem Vorgehen ein fatales Zeichen. Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Europawahlen ist es notwendig, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ein soziales Europa zu stärken. Die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen zeigen, dass „der Markt“ sich nicht immer selbst heilt. Hieraus muss auch die EU-Kommission Konsequenzen ziehen, die die Rechte der Arbeitnehmer stärkt und nicht schwächt.

Auch die Meinungsverschiedenheiten um die Mitbestimmung im VW-Konzern unter einer veränderten Eigentümerstruktur müssen beigelegt werden. Die IG Metall erwartet vom Vorstand und den Eigentümern der Porsche Holding SE, dass sie nicht länger die Mitbestimmung bei Volkswagen torpedieren und keine weiteren Aktivitäten unternehmen, das neue VW-Gesetz zu stoppen.

Mehr Arbeitnehmerrechte widersprechen nicht einem freien Binnenmarkt, sondern mehr Arbeitnehmerrechte sind die Voraussetzung eines sozialen Europas.